

Glühende Landschaften

geschrieben von Admin | 18. Oktober 2022

Solarpanele, Sonnenenergie, Umweltschutz

Die dunkle Seite unserer Erde und der meridionale Energietransport

geschrieben von Admin | 18. Oktober 2022



Wikipedia: Earthrise, Farbbild, von Bill Anders – gemeinfrei

von Uli Weber

Erst ein sogenannter „natürlicher atmosphärischer Treibhauseffekt“ (THE) von konstant 33°C als Differenz zwischen einer physikalisch fehlerhaft mit dem Stefan-Boltzmann-Gesetz berechneten globalen „Gleichgewichtstemperatur“ von -18°C und einer gemessenen Durchschnittstemperatur von 15°C soll unsere Erde bewohnbar machen. Dabei wird unterstellt, dass die Erde durch eine antiphysikalische atmosphärische Gegenstrahlung ihrer eigenen IR-Abstrahlung von kalt zu warm noch weiter erwärmt werden soll.

Wir haben für den vorgeblichen THE also angeblich die folgende

Wirkungskette:

- Primär: Solare HF-Einstrahlung
- Sekundär: Terrestrische IR-Abstrahlung
- Tertiär: Atmosphärische IR-Gegenstrahlung (THE) der terrestrischen IR-Abstrahlung

Je weiter man sich aber zur Sonnenwende dem Winterpol der Erde nähert, umso länger werden die Nächte; zum Sommerpol hin werden die Nächte dagegen immer kürzer. Offenbar hat beides keinen Einfluss auf den vorgeblich konstanten THE von 155 W/m^2 , obwohl die tageszyklische Menge primärer Energie, das Sonnenlicht, vom Sommerpol zum Winterpol hin stark abfällt. Dieser Umstand hat aber sicherlich erhebliche Auswirkungen auf die terrestrische Abstrahlung und müsste damit wiederum zwingend Rückwirkungen auf den sogenannten THE haben. Denn wenn die sogenannte atmosphärische Gegenstrahlung von der terrestrischen Abstrahlung gespeist wird, dann spielen die spezifische Strahlungsleistung der Sonne und der Zeitraum der nächtlichen Dunkelheit eine elementare Rolle für die Größe des sogenannten THE haben. Überall dort, wo kein Sonnenlicht einfällt (Winterpol), müsste sich ein solcher THE dann immer weiter bis auf null reduzieren.

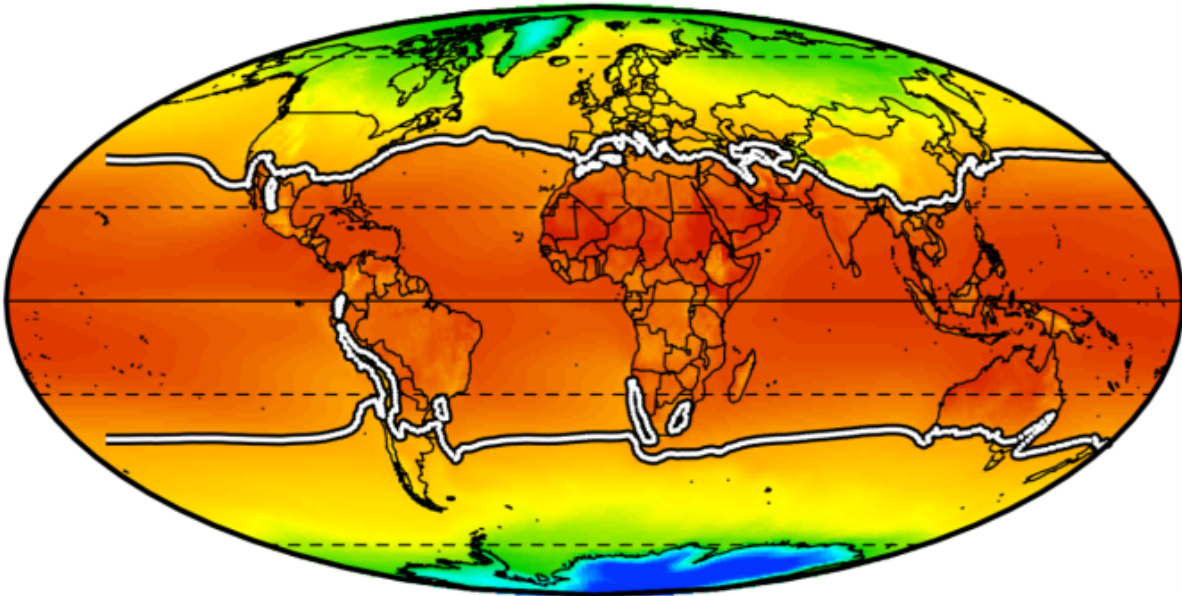
Die Temperaturverteilung auf unserer Erde stellt ein eingeschwungenes System dar. Die „Wärmespeicher“ unserer Erde, Atmosphäre und Ozeane, sind im Einklang mit der aktuellen terrestrischen Albedo gefüllt und die solare Einstrahlung muss bei gleichbleibender globaler „Durchschnittstemperatur“ lediglich den täglichen Abstrahlungsverlust ersetzen. Im herkömmlichen THE-Paradigma wird der Nachtseite der Erde aber eine Temperatur von 0 Kelvin zugerechnet, um die THE-Argumentation zu stützen. Doch nicht einmal am winterlichen antarktischen Kältepol werden 0 Kelvin erreicht, die tiefste dort jemals gemessene Temperatur beträgt vielmehr knapp (-100°C).



Average Temperature, 2000 - 2020

Avg Globe: 15.2 NH: 16 SH: 14.4 Trop: 26.5
Arc: -10 Ant: -26.4 Land: 8.7 Ocean: 17.7 °C

The black/white colored contour lines show 18 °C.



DATA: CERES EBAF 4.1 <https://ceres.larc.nasa.gov/data/>

■ -50 °C ■ -33 °C ■ -16 °C ■ 1 °C ■ 18 °C ■ 35 °C

Abbildung: Globale Durchschnittstemperaturen 2000 – 2020

Quelle: Willis Eschenbach mit Daten der NASA

Die Erde entstand vor 4,6 Milliarden Jahren als heißer Glutball aus dem Sonnennebel. Nach Differenzierung unterschiedlich dichter Materialien und Abkühlung entwickelte sich eine feste Oberfläche, auf der später die Ozeane entstanden. Unsere Erde ist also so lange abgekühlt, bis sich Einstrahlung und Abstrahlung bei einer bestimmten Albedo und einer damit vorgegebenen Temperaturverteilung gerade ausgeglichen haben. Diese Temperaturverteilung ist nicht konstant, sondern schwankte mit der Albedo über Warm- und Kaltzeiten; einen möglichen Wirkmechanismus hatte ich **hier** skizziert. Temperaturschwankungen des Klimas können demnach nur durch eine Veränderung der solaren Einstrahlung oder der Albedo unserer Erde verursacht werden. Das S-B-Temperaturäquivalent der solaren Einstrahlung schwankt auf unserer Erde zwischen maximal ca. 394 Kelvin (ca. 121 °C ohne Albedo) bei vertikalem Sonnenstand und 0 Kelvin auf der Nachtseite. Das heißt nun aber nicht, dass auf der Nachtseite 0 Kelvin herrschen würden, wie es das THE-Paradigma voraussetzt. Die sogenannte „gemessene globale Durchschnittstemperatur“ (NST) von etwa 15°C wird vielmehr über die gemessenen Temperaturen aller Breitenkreise auf der Tag- und Nachtseite sowie Frühling, Herbst und Winter ermittelt. Etwa die Hälfte der gemessenen Datenpunkte stammt also immer von der Nachtseite. Die NST ist also die „gemessene Durchschnittstemperatur“ der

gesamten Erde. Irgendeine Nachttemperatur von 0 Kelvin hat es auf unserer Erde niemals gegeben. Wir leben vielmehr in einem „eingeschwungenen“ Temperatursystem, in dem sich Ein- und Ausstrahlung die Waage halten. Die Temperaturen der Tagseite, insbesondere die der Wärme speichernden Ozeane, werden im 24h-Tagesverlauf auf die Nachtseite mitgenommen und fungieren hier als Wärmespeicher mit mäßiger Abkühlung, deren Energie durch die atmosphärischen Strömungen auf die Landmassen übertragen wird.

Für jeden originären örtlichen Temperatur-Datenpunkt, der dieser Abbildung zugrunde liegt, sind also die dort tatsächlich gemessenen Temperaturen von Tag und Nacht sowie Frühling, Sommer, Herbst und Winter als einzelner Mittelwert über mehr als zwanzig Jahre eingegangen. Dabei spielt der meridionale Energietransport aus Tropen und Subtropen in die Polarzonen hinein eine ganz wesentliche Rolle. Die nachfolgende Abbildung hatte ich schon in vielen Artikeln zur Beweisführung für meinen hemisphärischen S-B-Ansatz herangezogen, und zwar zuerst in dem Artikel, „Machen wir mal ein Gedankenexperiment: Es gibt gar keine Erde!“ (2017):

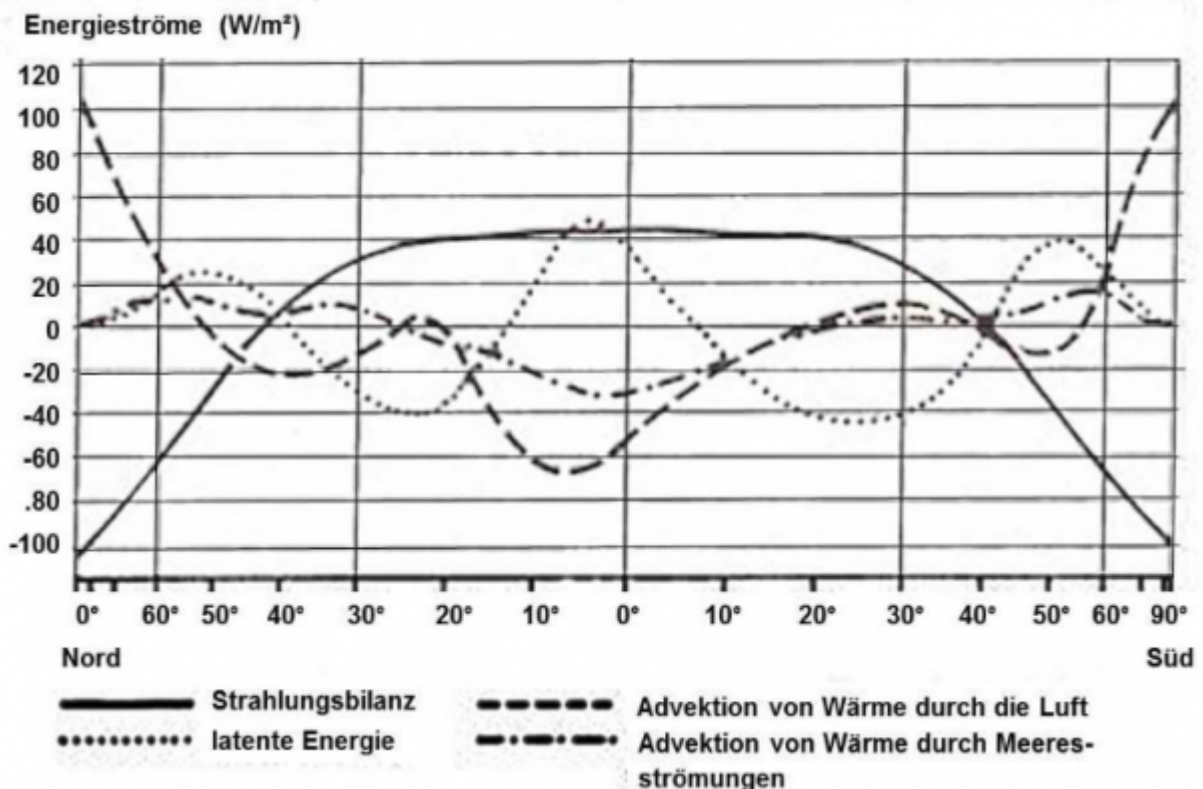
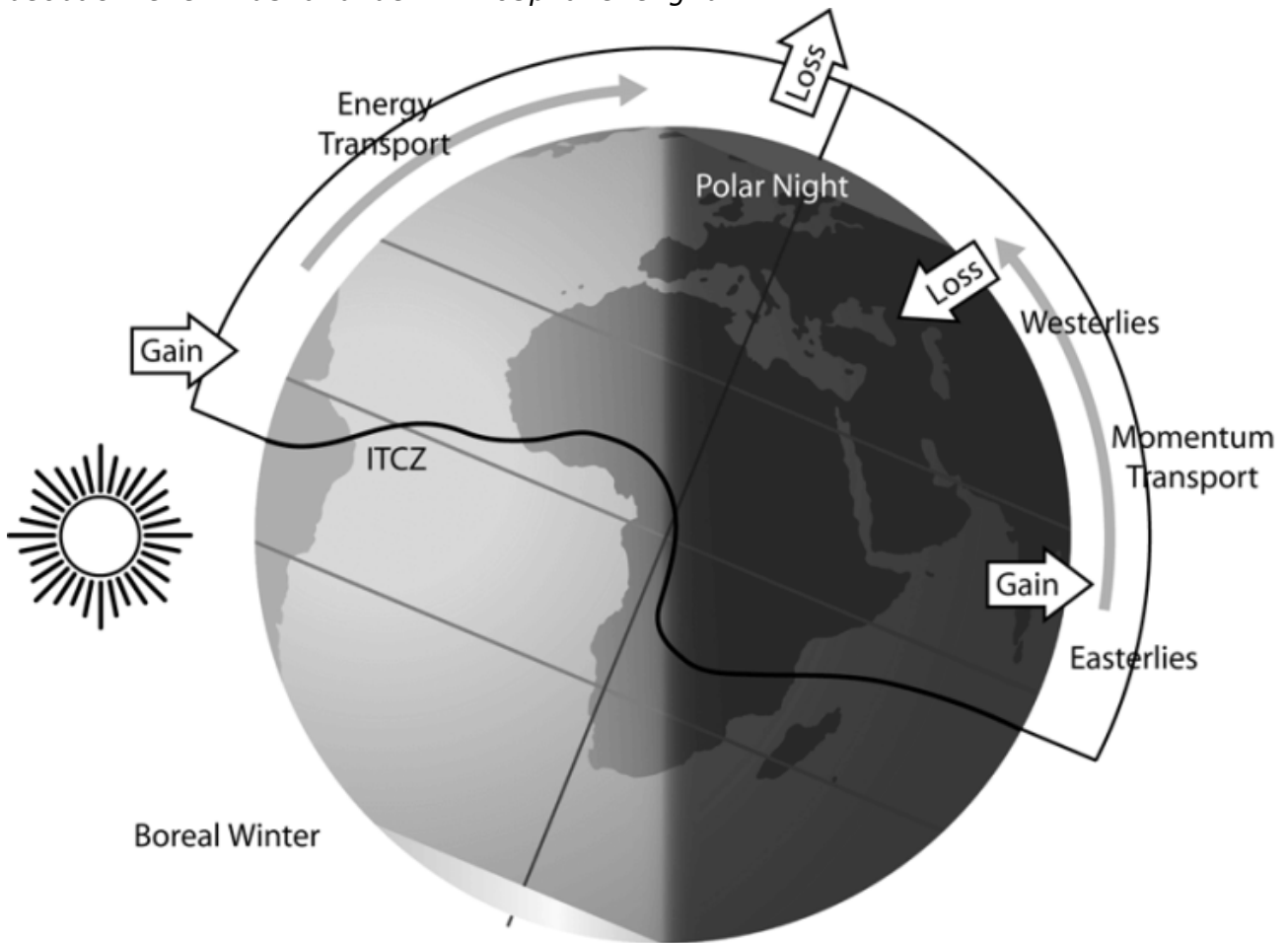


Abbildung: „Jahresmittel des Energiehaushaltes der Atmosphäre und seiner Komponenten in Abhängigkeit von der geographischen Breite“ nach HÄCKEL, H. (1990): Meteorologie. – 8. Aufl. 2016; Stuttgart (Verlag Eugen Ulmer), ISBN 978-3-8252-4603-7)

Dieser meridionale Energietransport auf unserer Erde wird ausführlich von Javier Vinós & Andy May im Teil 3 ihrer Wintergate-Hypothese beschrieben. Dort wird in Abbildung 3.5 dessen Funktionsweise

dargestellt:

Javier Vinós & Andy May – Abbildung 3.5 mit Text: „Meridionaler Transport von Energie (links) und Drehimpuls (rechts), der sich aus dem beobachteten Zustand der Atmosphäre ergibt.“



“

Erklärung, Zitat Vinós & May: „Im Energiehaushalt gibt es einen Netto-Strahlungsgewinn in den Tropen und einen Netto-Verlust in hohen Breitengraden. Um den Energiehaushalt in jedem Breitengrad auszugleichen, ist ein polwärts gerichteter Energiefluss erforderlich, wie in Abb. 3.5 dargestellt. Im Drehimpulshaushalt gewinnt die Atmosphäre in niedrigen Breiten durch östliche Oberflächenwinde Drehimpuls und verliert ihn in den mittleren Breiten durch westliche Oberflächenwinde. Ein polwärts gerichteter atmosphärischer Drehimpulsfluss ist impliziert. Es ist bekannt, dass der meridionale Energie- und Impulstransport durch ENSO, die quasi-biennale Oszillation und die Sonnenaktivität moduliert wird. Abb. 3.5 ist nach Marshall & Plumb 2008“

Bei diesem meridionalen Transport kommt es zu einem Paradoxon:

In den polaren Zonen unserer Erde trifft der Energietransport aus niederen Breiten auf tiefgründigen Permafrost.

Die nachstehende Abbildung zeigt den Permafrost auf der Nordhalbkugel:

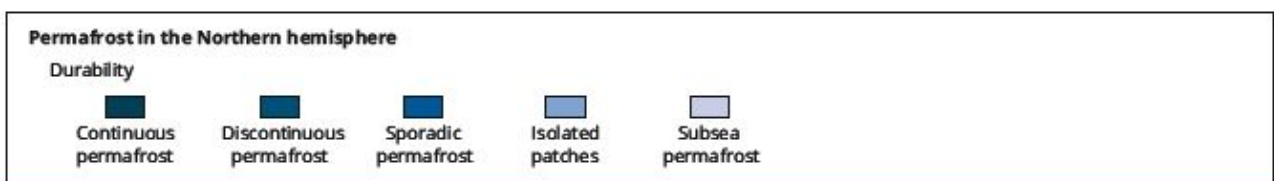
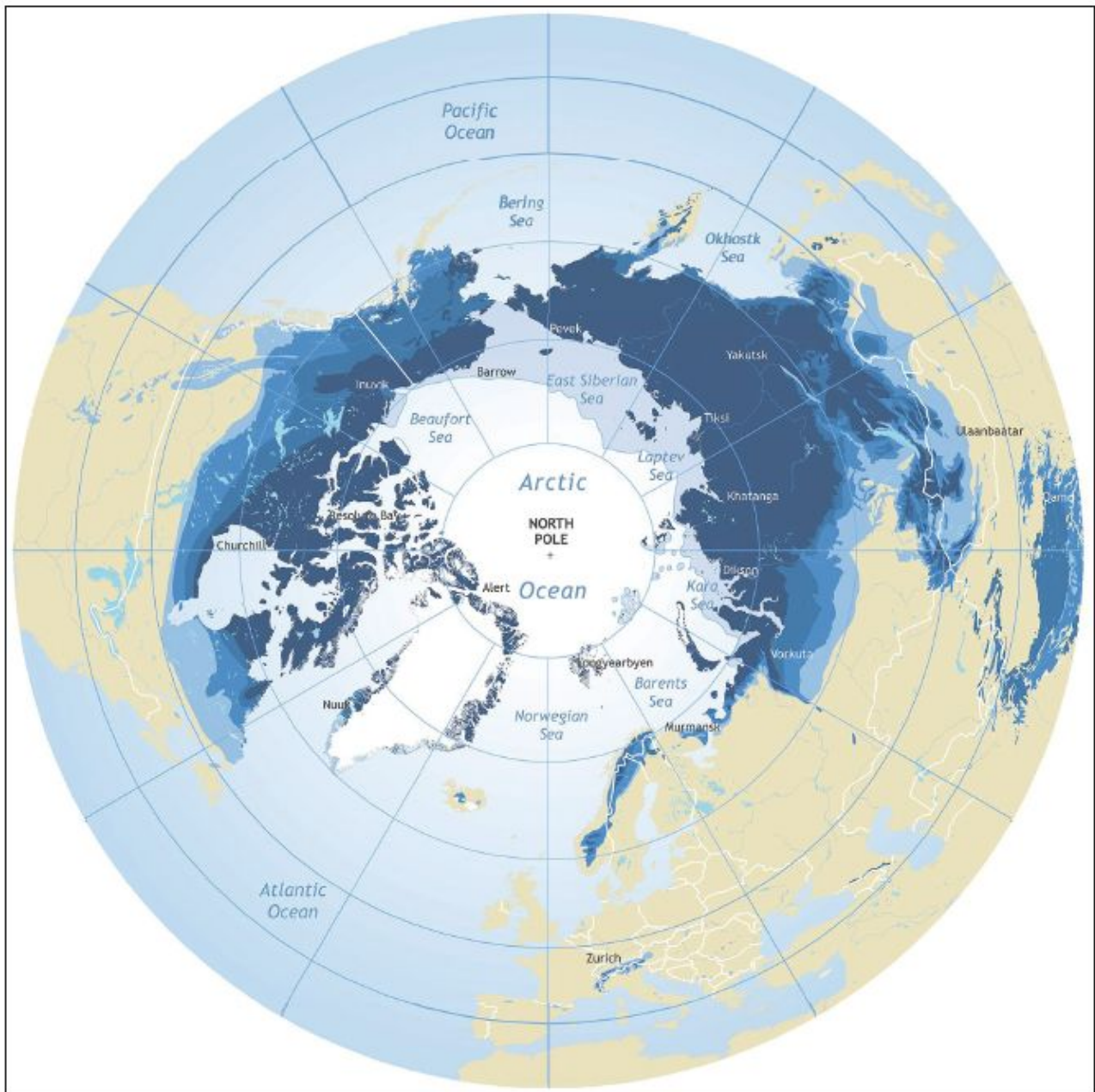


Abbildung: Ausdehnung von Permafrost auf der Nordhalbkugel: terrestrischer und submariner Permafrost. Blauabstufungen: zusammenhängender Permafrost, unzusammenhängendes Vorkommen, sporadisches Vorkommen, isolierte Flecken, submariner Permafrost
 Quelle: European Environment Agency (2017): The Arctic environment. European perspectives on a changing Arctic Lizenz: © European Environment Agency, 2017, "Reproduction is authorised provided the source is acknowledged."

Nachfolgend eine Erklärung zum Vorkommen von Permafrost aus Wikipedia mit Hervorhebungen:

„Permafrost bildet sich zumeist dort, wo die Jahresdurchschnittstemperatur $-1\text{ }^{\circ}\text{C}$ und der Jahresniederschlag 1000 Millimeter nicht übersteigen. Die großen Permafrostareale der Erde liegen daher in den Polargebieten mit den arktischen und antarktischen Tundren, in Teilen der borealen Nadelwaldgebiete, aber auch in anderen Gebieten, welche die Voraussetzungen für Permafrost erfüllen, so die meisten Hochgebirge der Erde. Als Permafrostzone bezeichnet man das zirkumpolare Gebiet ewiger Gefrorennis, das die Tundra der Nordkontinente, die großen Waldgebiete sowie offshore Zonen des Meeresbodens umfasst. Grönland liegt zu 99 %, Alaska zu 80 %, Russland zu 65 %, Kanada zu 40 bis 50 % und China bis zu 20 % in der Permafrost-Zone.[21] Nach Süden reichen einige Permafrostgebiete bis in die Mongolei. Dabei bedeutet eine Lage innerhalb der Permafrost-Zone nicht automatisch eine Unterlagerung mit Permafrost für jeden individuellen Standort, sondern man unterscheidet Zonen kontinuierlichen (>90 Flächenprozent), diskontinuierlichen (>50 – 90 Flächenprozent), sporadischen (>10 – 50 Flächenprozent) und isolierten (<10 Flächenprozent) Permafrosts. Auch dringt der Permafrost unterschiedlich tief in den Untergrund ein: **In Sibirien werden Tiefen bis zu 1500 Metern erreicht, in den zentralen Teilen Skandinaviens oft nur etwa 20 Meter.** Gründe dafür liegen in der großen Kontinentalvergletscherung der letzten Eiszeit (Weichsel-Kaltzeit): Sibirien hingegen war nicht in größerem Maße vergletschert, daher war der Untergrund der Kaltluft ausgesetzt, so dass er bis in sehr tiefe Lagen gefrieren konnte. Hingegen war der Kernbereich Skandinaviens durch einen mächtigen Eisschild isoliert, wodurch der Permafrost nicht so tief eindringen konnte.“

Der Permafrost kann also bis zu 1.500 Meter tief in die Erdkruste hineinreichen. Wie kann das sein? Offensichtlich reicht die Isolierung durch die Atmosphäre nicht aus, damit der Wärmefluss aus dem heißen Erdinneren den Erdkörper bei fehlender/geringer Sonneneinstrahlung bis an die Oberfläche über den Gefrierpunkt von Wasser erwärmen kann. Der Unterschied zwischen den Polarregionen und der übrigen Erdoberfläche besteht im Wesentlichen in der Sonnenscheindauer und deren Intensität. Wenn unsere Erde also nicht von der Sonne beheizt werden würde, dann hätten wir tatsächlich überall eine „Snowball-Earth“ mit einem sehr tief reichenden Permafrost. Erstaunlich ist, dass das Thema Permafrostbildung bis heute keinerlei Eingang in die Kritik an einem vorgeblich konstanten „natürlichen atmosphärischen Treibhauseffekt“ gefunden hat. Auch die Protagonisten der Wintergate-Hypothese haben sich an den Treibhauseffekt nicht herangetraut. In dem Artikel „Die Winterpförtner-Hypothese VII: Eine Zusammenfassung und ein paar Fragen“ äußern sich Vinós & May schließlich auch zu Fragen aus der Kommentarfunktion von WUWT. Gleich Frage 2 bezieht sich auf den sogenannten „natürlichen atmosphärischen Treibhauseffekt“, Zitat aus der deutschen Übersetzung auf EIKE:

„F: Ist der Treibhauseffekt für die Winter-Gatekeeper-Hypothese erforderlich?

A: Ja. In einem Gedankenexperiment wurde dem Leser vorgeschlagen, sich

vorzustellen, dass die Polarregionen ein anderer Planet (B) sind, der mit einem Planeten A verbunden ist, der aus den Tropen und den mittleren Breiten besteht. Die Verbindung ermöglicht die Übertragung von Wärme. Der Treibhauseffekt auf Planet B ist schwächer, da seine Atmosphäre einen geringen Wasserdampfgehalt aufweist. Während 6 Monaten im Jahr liegt Planet B im Dunkeln. Lässt man mehr Energie zu diesem Planeten durch, wird sie effizienter in den Weltraum abgestrahlt und die Durchschnittstemperatur des Binärsystems sinkt, obwohl sich Planet B erwärmt. Das Gegenteil ist der Fall, wenn weniger Energie durchgelassen wird.“

Diese Antwort hinkt gewaltig auf allen Beinen, denn nach herkömmlicher Ansicht ist der THE konstant. Jedenfalls ist dem Autor keine Grafik bekannt, die eine variable THE-Verteilung auf unserer Erde darstellt, und auch Vinós & May liefern keinen entsprechenden Nachweis. Der meridionale Energietransport ist vielmehr, ganz ohne THE, zwingend über die herrschenden Temperaturunterschiede zwischen Tropen und Polarregionen verknüpft. Stellen Sie einfach einmal einen großen Topf mit Wasser auf eine zu kleine Kochplatte. Das Erhitzen des Wassers findet nur im Zentrum des Topfes statt, wobei an seiner Außenwand auch noch die größte Abkühlung stattfindet. Es entsteht dadurch eine radiale Zirkulation des Wassers. Die Aussage der Autoren ist daher wohl eher dem Umstand geschuldet, dass jeder, der den vorgeblichen THE bezweifelt, von 97 Prozent der Menschen als Spinner abgetan wird. Und daher waren die Autoren wohl auch gezwungen, den klimapolitischen THE-Geßlerhut zu grüßen, um ihr Modell nicht zu beschädigen.

Schleierhaft bleibt allerdings, warum die Autoren in den F/A eine Abhängigkeit ihrer Wintergate-Hypothese von den Schwankungen der solaren Einstrahlung ausdrücklich bestreiten, Zitat aus Antwort 3:

„F: Warum gibt es keine Korrelation zwischen Oberflächentemperatur und Sonnenaktivität, wenn die Hypothese wahr ist?

A: Weil es keine Korrelation geben sollte. Auf der multidekadischen Skala reagiert der meridionale Transport hauptsächlich auf die multidekadische Ozean-Atmosphären-Oszillation. Auf der zwischenjährlichen Skala haben die Quasi-Biennial-Oszillation und die El Niño/Southern Oscillation einen starken Einfluss. Die Sonne ist auf diesen Zeitskalen nicht dominant. Die Rolle der Sonne nimmt mit zunehmender Länge der Zeitskala aufgrund ihrer längerfristigen säkularen Zyklen und ihrer längerfristigen kumulativen Wirkung zu.“

Diese Aussage wird dadurch auch nicht besser, dass es im Text der Zusammenfassung in Kapitel 7.3 heißt, es gäbe eine negative Korrelation der arktischen Temperatur mit der Sonnenaktivität, Zitat:

„Die plausibelste Erklärung für die negative Korrelation der arktischen Temperatur mit der Sonnenaktivität ist, dass Veränderungen der Sonne den meridionalen Transport regulieren. Eine Zunahme der Sonnenaktivität

verringert den Transport und kühlt die Arktis ab, und eine Abnahme der Sonnenaktivität erhöht den Transport und erwärmt die Arktis. Der Effekt auf die Temperatur in den mittleren Breiten ist das Gegenteil.“

Es ist schwer, diese beiden divergierenden Aussagen sinnstiftend zusammenzubringen. Insbesondere auch deshalb, weil es in der Erklärung zur oben eingefügten Abbildung 3.5 von Vinós & May heißt, Zitat mit Hervorhebungen, „Es ist bekannt, dass der meridionale Energie- und Impulstransport durch ENSO, die quasi-biennale Oszillation **und die Sonnenaktivität moduliert wird.**“ Ein solcher meridionaler Energietransport durch sonnenerwärmte Materie ist zwangsläufig mit einer Erwärmung in den Tropen und einem Wärmetransport zu den Polen verbunden. Denn, wie wir gesehen haben, hat die Sonneneinstrahlung auf den Polkalotten keine ausreichende „Tiefenwirkung“.

Usoskin et al. hatten jedenfalls in ihrer Veröffentlichung “SOLAR ACTIVITY OVER THE LAST 1150 YEARS: DOES IT CORRELATE WITH CLIMATE?” nachgewiesen, dass die Temperatur in der Nordhemisphäre der Sonnenaktivität mit einer Zeitdifferenz von etwa 10 Jahren folgt:

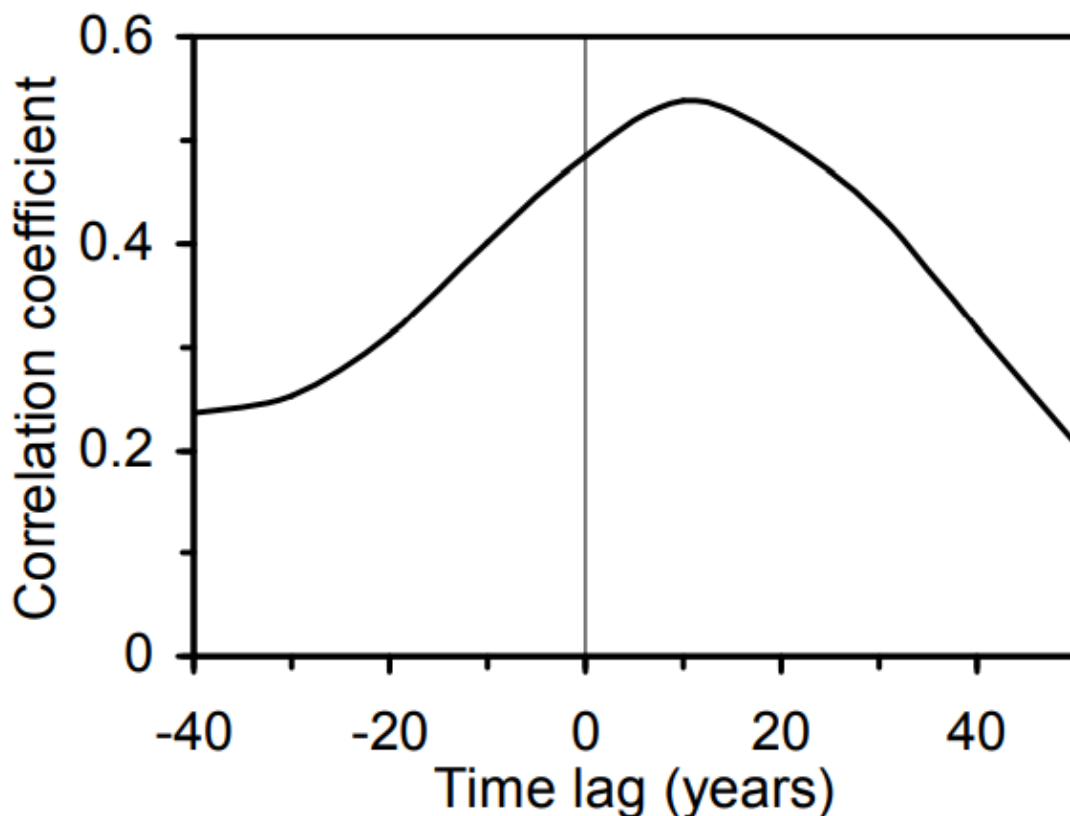


Abbildung: Usoskin et al. (2005) Figure 3. Correlation coefficient between northern hemisphere temperatures (MJ03) and the reconstructed sunspot number as a function of time lag between the two data series. Positive lags correspond to sunspot numbers leading the temperature.

Übersetzung: Korrelationskoeffizient zwischen den Temperaturen auf der Nordhalbkugel (MJ03) und der rekonstruierten Sonnenfleckenanzahl als

Funktion der Zeitverzögerung zwischen den beiden Datenreihen. Positive Lags entsprechen den Sonnenfleckenzahlen, die die Temperatur anführen.

Trotzdem wird in der medialen Öffentlichkeit inzwischen der sogenannte THE über seinen monokausal durch CO₂ definierten „menschengemachten“ Anteil für jede noch so selbstverständliche Wetterkapriole verantwortlich gemacht, die sich zufällig irgendwo auf dieser Welt ereignen mag. Gleiches gilt auch für klimahysterische Nachrichtenmeldungen, die mit schöner Regelmäßigkeit über jährlich wiederkehrende natürliche Klimaereignisse bis hin zur sommerlichen Gletscherschmelze oder zum regenreichen jahreszeitlichen Monsun berichten. Zu solchen, in klimareligiösem Eifer herbeigeredeten Monokausalitäten, fällt mir abschließend nur noch ein uralter Witz ein:

WARNHINWEIS: Dieser Witz könnte Ihr religiöses Empfinden verletzen!

Klein Fritzchen ist mit seinen Eltern von der Großstadt aufs Land gezogen und dort in einer konfessionellen Grundschule eingeschult worden. Eines Tages fragt die Lehrerin: „Ich habe heute Morgen ein totes Tier auf der Straße gesehen, von dem nur noch ein buschiger roter Schwanz zu erkennen war. Fritz, was war das wohl?“ Klein Fritzchen antwortet: „Ich persönlich tippe auf ein Eichhörnchen, aber wie ich den Laden hier kenne, wird es wohl wieder das Jesuskind gewesen sein.“

„Rettet unsere Industrie“

geschrieben von Admin | 18. Oktober 2022

Eine Initiative von Henrik Paulitz (Akademie-Bergstraße), Prof. Fritz Vahrenholt und vielen anderen, der sich EIKE gerne anschließt

**Willkommen bei der Initiative
„Rettet unsere Industrie“**



Anmerkung der Redaktion: Hören Sie dazu auch den Podcast von Tichys Einblick Holger Douglas mit Fritz Vahrenholt hier.

Für unsere Industrie ist es fünf nach zwölf.

Durch eine katastrophale Energiepolitik, durch überzogene Umweltvorschriften, durch den Fachkräftemangel und vieles andere mehr. Viele Unternehmen müssen aufgeben, andere wandern ab. Der **Prozess der Deindustrialisierung** hat längst eingesetzt und gewinnt an Fahrt. Mit der Industrie sind Millionen Arbeitsplätze, Wohlstand und Sozialstaat in Gefahr. Wir stehen vor einem ökonomischen Niedergang, vor einer möglichen Verarmung und Verelendung.

Die Initiative „Rettet unsere Industrie“ lädt Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu ein, sich für den Erhalt unserer Industrie und somit unserer Volkswirtschaft insgesamt einzusetzen. Diese Initiative inspiriert und unterstützt bundesweit Menschen und Institutionen, sich effektiv und zielgerichtet für den Erhalt eines – meist nur recht bescheidenen – „Wohlstands für Alle“, sowie für die Bewahrung von Frieden und Freiheit zu engagieren. Sie versteht sich als einen Impuls- und Ideengeber – mit der Option auf eine neu entstehende Bürgerbewegung. Die Leitidee lautet schlicht und ergreifend: „Rettet unsere Industrie“.

Unsere Bitte: Machen Sie mit. Nutzen Sie die Anregungen auf dieser Website. Helfen Sie mit, neue Denk- und Meinungsbildungsprozesse, einen überfälligen Mentalitätswechsel in unserem Land auf den Weg zu bringen, um das ökonomische Überleben sicherzustellen und einen Absturz in die

Armut zu verhindern.

Helfen Sie mit, die Idee „Rettet unsere Industrie“ schnell populär zu machen, bevor es zu spät ist!

Politische Forderungen

Die Initiative „Rettet unsere Industrie“ erhebt im Kern die folgenden Forderungen:

1. **Preiswerte Energie für Unternehmen und Privathaushalte.**
2. **Eine zuverlässige Energieversorgung ohne Rationierungen, Strom-Abschaltungen und Blackout-Gefahr.**
3. **Keine erdrosselnde CO2-Bepreisung und unrealistische Verknappung von CO2-Zertifikaten.**
4. **Schluss mit einer immer restriktiveren Bürokratie.**
5. **Schluss mit existenz-bedrohenden Umwelt-Vorschriften und Verboten.**

Wenden Sie sich an die Politiker Ihrer Region und fordern Sie mit Nachdruck einen Politik-Wechsel in diesem Sinne – zur Rettung der Industrie, der Industriearbeitsplätze, des Wohlstands für alle.

Aufruf

Lesen Sie **hier den Aufruf der Initiative „Rettet unsere Industrie“** und helfen Sie mit, diesen zu verbreiten.

Sensibilisieren Sie damit die Bevölkerung, Medien, Unternehmen, Verbände und Politik. Wir wenden uns insbesondere auch an die junge Generation, deren Zukunft akut bedroht ist.

Flyer



www.rettet-unsere-industrie.de

Die Bevölkerung braucht Informationen über die massive Bedrohung der Industrie und indirekt auch von Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel, weg von einer populistischen und völlig überzogenen, pauschalen Industriekritik, hin zu einem Bewusstsein, dass unser Überleben unmittelbar vom Überleben unserer Industrie abhängt.

Wesentliche Informationen, Kernaussagen und Forderungen wurden in dem kleinen **Flyer „Rettet unsere Industrie“ (pdf-Datei)** zusammengestellt. Bestellen Sie einen Schwung dieser Flyer. Legen Sie diese an geeigneten Stellen aus (z.B. bei Ihrem Bäcker) oder verteilen Sie die Flyer an Freunde, Bekannte und Geschäftskollegen.

Bestellen Sie **hier** gleich jetzt diese Informationsschrift.

Aufkleber



Ein Aufkleber mit dem Logo dieser Initiative soll helfen, die Idee „Rettet unsere Industrie“ bundesweit schnell populär zu machen.

Der Aufkleber sollte recht bald mit jedem 10. Auto unterwegs sein und unser Straßenbild prägen.

Oder kleben Sie einen Aufkleber auf Ihren Briefkasten. Es gibt viele Möglichkeiten! Aber bitte beachten Sie dabei, dass Sie die Aufkleber nur dort anbringen, wo es erlaubt ist. Beschädigen Sie kein fremdes

Eigentum.

Die Aufkleber können **hier** bestellt werden.

Tragetaschen



Wer in der aktuellen Krise zum Überleben unserer Volkswirtschaft, zum Erhalt unseres Wohlstands beitragen möchte, sollte beim Einkauf die Botschaft „Rettet unsere Industrie“ spazieren tragen.

Dies wird möglich sein, sobald die geplanten Baumwoll-Tragetaschen mit dem Logo dieser Initiative zur Verfügung stehen. Sie werden näherungsweise wie abgebildet aussehen. Derzeit fehlen noch die finanziellen Mittel, um die Produktion der Tragetaschen in Auftrag geben

zu können. Falls Sie uns dabei unterstützen möchten, finden sie weiter unten das Konto der Initiative „Rettet unsere Industrie“

Unterstützen

Diese Initiative benötigt noch dringend finanzielle Unterstützung. Bitte helfen Sie uns dabei, diese Aktion zügig groß zu machen. Hier das Sonderkonto der Initiative „Rettet unsere Industrie“:

Kontoinhaber (Sonderkonto): Henrik Paulitz

IBAN: DE95 1001 0010 0962 8211 33

Bundesweite Resonanz

Die Resonanz auf die Initiative „Rettet unsere Industrie“ ist enorm groß. Innerhalb kürzester Zeit beteiligen sich bundesweit jetzt schon Personen und Institutionen in den folgenden Städten und Gemeinden an dieser Initiative, indem sie Flyer und Aufkleber bestellen und verbreiten:

Wasserburg am Bodensee | Aachen | Affing | Aichhalden | Albstadt | Alsbach-Hähnlein | Althütte | Ammersbek | Andechs | Andernach | Arnsberg | Bad Bentheim | Bad Driburg | Bad Dürrenberg | Bad Endbach | Bad Homburg | Bad Kreuznach | Bad Lippspringe | Bad Saulgau | Bad Soden | Bad Urach | Bad Wildungen | Badbergen | Badenweiler | Bannewitz | Barmstedt | Baunach | Baunatal | Beckum | Beetzsee | Berg | Bergisch Gladbach | Berlin | Bernau | Bernhardswald | Birsfelden | Blumberg | Bobenheim-Roxheim | Bocholt | Bochum | Bonn | Borken | Borsdorf | Bous | Braunschweig | Breisach am Rhein | Bremen | Bremerhaven | Brilon | Bruchsal | Burghausen | Bürstadt | Celle | Dachau | Darmstadt | Datteln | Deggendorf | Delbrück | Detmold | Dettingen | Dietzenbach | Dippoldiswalde | Dohna | Dorfchemnitz | Dortmund | Dörverden | Dreieich | Dresden | Duisburg | Dülmen | Düsseldorf | Ebersbach-Neugersdorf | Eberswalde | Eckernförde | Edenkoben | Egelsbach | Egenhofen | Eggersdorf | Ehringshausen | Eisenach | Eltville | Ennepetal | Erbach (Odenwald) | Erfurt | Ergoldsbach | Erkner | Erkrath | Erlangen | Eschborn | Esselbach | Essen | Falkensee | Feldkirchen | Felm | Filderstadt | Finsterwalde | Forstinning | Frankenthal | Frankfurt | Freiberg | Freiburg | Freising | Friedberg | Friedewald | Friedrichsdorf | Fulda | Fürstenberg | Furstenwalde | Fürth | Furtwangen | Füssen | Gammelsdorf | Ganderkesee | Garching | Garching/Alz | Gauting | Geyer | Gifhorn | Glashütten | Glauchau | Gollhofen | Görlitz | Göttingen | Grafenau (Niederbayern) | Greifenberg | Greifswald | Gundremmingen | Gutenborn | Hage | Hagen | Halsenbach | Hamburg | Hameln | Hamm | Hannover | Hardegsen | Hardthausen | Haren | Harsewinkel | Hattersheim | Hattingen | Heidelberg | Heilbronn | Herrenberg | Hersbruck | Hofbieber | Hofheim | Hollenbach | Hollenstedt | Horb | Horsmar | Husum | Ingelheim | Jena | Jockgrim | Jülich | Kaltenengers | Kaltenkirchen |

Karlsfeld | Karlsruhe | Kassel | Kehl | Kelsterbach | Kerpen | Kirchhain
| Kirchheim | Kirchheim unter Teck | Kleinmachnow | Kloster Lehnin |
Köln | Konstanz | Körner | Kreischa | Kreuzau | Künzell | Kurort Seiffen
| Kürten | Landshut | Langenwetzendorf | Lauter-Bernsbach | Lauterbach |
Lawalde | Leimersheim | Leipzig | Lemförde | Leonberg | Liebenau-Haueda
| Lindenberg | Litzendorf | Lohne | Lohra | Lorch | Lübeck | Luckow |
Lüdenscheid | Ludwigshafen | Lutherstadt Eisleben | Mainhausen |
Malsfeld-Mosheim | Mannheim | Marburg | Marienheide | Markkleeberg |
Marktbergel | Marktoberdorf | Meckenbeuren | Meckenheim | Meißen |
Mengkofen | Minden | Mittenwald | Mönchweiler | Mügeln | Mühlau |
Mülheim | München | München, Deutschland | Münster | Naumburg | Naumburg
(Saale) | Neckartailfingen | Neuenburg | Neuenrade | Neukieritzsch |
Neumünster | Neustadt | Nidderau | Niederstotzingen | Nienburg/Weser |
Nienstädt | Norden | Nordhausen | Nossen | Notzingen | Nürnberg |
Oberasbach | Oberhausen | Oberriexingen | Oberschneiding | Oberstenfeld
| Oettingen | Offenbach | Offenbach an der Queich | Ohorn | Oldenburg |
Oldenburg (Oldenburg) | Olfen | Osnabrück | Ottersberg | Overath | Owen
| Pampow | Panketal | Papenburg | Passow | Pechbrunn | Petershagen |
Pforzheim | Pfullendorf | Pfungstadt | Planegg | Pless | Pliezhausen |
Potsdam | Quarnstedt | Rabel | Radebeul | Ransbach-Baumbach |
Reiskirchen | Remseck | Reppenstedt | Reutlingen | Rheinberg |
Rosengarten | Rossdorf | Rötha | Rüdersdorf | Saalburg-Ebersdorf |
Saaldorf-Surheim | Saarbrücken | Salzhausen | Sandhausen | Saterland |
Schenklengsfeld | Schiffweiler | Schkeuditz | Schkopau | Schlitz
Üllershausen | Schmölln-Putzkau | Schonach | Schönberg | Schriesheim |
Schwaig bei Nürnberg | Schwalbach | Schwalmstadt | Schwedt | Schwerin |
Schwerte | Senden | Sibbesse | Siegburg | Siegen | Sindelfingen |
Solingen | Sonneberg | Sonnewalde | Stade | Staucha | Steinheim an der
Murr | Stockstadt am Rhein | Stralendorf | Straubing | Stuttgart |
Talling | Taucha | Taunusstein | Torgau | Tremsbüttel | Trippstadt | Ulm
| Unkel | Viernheim | Waldenbuch | Waldfischbach Burgalben | Waldkappel
| Waldshut-Tiengen | Walldorf | Wallenhorst | Wangen | Wardenburg |
Weilburg | Weißendorf | Weißenhorn Oberhausen | Weiterstadt | Welzow |
Wenden | Werder (Havel) | Werdohl | Werne | Werneuchen | Wesel | Weßling
| Wettenberg | Wetzlar | Wiesbaden | Wietzendorf | Winterbach | Witten |
Wittenberg | Wittichenau | Wohltorf | Wolfsburg | Wöllstein | Worms |
Wunstorf | Wuppertal | Würzburg | Zehna | Zielitz | Zittau | Zossen |
Zwickau | Zwiesel |

Tragen auch Sie die wichtige Botschaft „Rettet unsere Industrie“ ins Land. Aufkleber und Flyer können Sie **hier** bestellen.

Patenschaften

Engagieren Sie sich vor Ort für Ihre Unternehmen! Schließen Sie sich in kleinen Initiativen zusammen und sprechen Sie mit den Unternehmen in Ihrer Kommune. Gibt es substanzielle Schwierigkeiten? Was muss die Politik ändern, um die Betriebe vor Ort in stabilem Fahrwasser zu halten?

Sensibilisieren Sie die lokale Presse für das Thema: Es gibt nicht nur Umweltthemen, jetzt geht es auch um das Überleben der Betriebe.

Wenden Sie sich an die Politik auf kommunaler Ebene, sowie an ihre Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten.

Helfen Sie mit, die „Rettung unserer Industrie“ jetzt zum zentralen und alles entscheidenden öffentlichen Thema zu machen. Denn: Es geht um den Fortbestand unserer Gesellschaft, unserer Volkswirtschaft. Es geht darum einen ökonomischen Niedergang abzuwenden. Es geht um die Bewahrung von Wohlstand, Frieden und Freiheit.

Gute Idee

Ein mittelständischer Unternehmer der keramischen Industrie aus Troisdorf bei Bonn hat – nach Rücksprache mit uns – das Logo der Initiative „Rettet unsere Industrie“ **im Internet auf seiner Startseite platziert.**

Sprechen Sie uns an, sofern Sie das Logo gerne nutzen möchten (bitte nicht ohne unsere explizite Zustimmung verwenden!).

Kontakt

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf und unterbreiten Sie uns gerne Ihre Ideen. Wir benötigen auch noch finanzielle Unterstützung.

Ganz wichtig: Schreiben Sie uns, wenn Sie in den Newsletter dieser Initiative aufgenommen werden wollen!

Initiative „Rettet unsere Industrie“
Tel. 06257-505-1707
Email: initiative@rettet-unsere-industrie.de

Das nahende Ende des Wunschdenkens der Grünen

geschrieben von Admin | 18. Oktober 2022

Wird Frankreich sich vom europäischen Strommarkt zurückziehen?

Edgar L. Gärtner

Außer in Tschechien und in Ostdeutschland scheinen die exorbitanten Preissteigerungen für Strom und Gas, deren Beginn eindeutig vor dem 24. Februar 2022, dem Tag des russischen Einmarsch in die Ukraine liegt, in Mitteleuropa noch keine nennenswerten Massenerhebungen provoziert zu haben. Anders ist das in unserem westlichen Nachbarland Frankreich. Noch zahlen die meisten Franzosen für die Kilowattstunde Strom nur 19 Eurocent. Die meisten Deutschen können davon nur träumen, denn sie zahlen schon heute ein mehrfaches davon. Vor einigen Monaten war der Strompreis für Endkunden in Frankreich sogar noch deutlich günstiger. Auch dort gab es also Preissteigerungen. Diese wurden von der Regierung allerdings durch Eingriffe in den Strom-Markt in Form einer Preisdeckelung zumindest kurzfristig gestoppt. Bei uns in Deutschland hingegen steigen die Preise ins Unermessliche. Der Autor dieser Zeilen erhielt vor kurzem von seinem Stromlieferanten die Mitteilung, die Kilowattstunde werde ab dem 17. Oktober 1,26 Euro kosten. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Dennoch hält sich die Aufregung darüber bislang bei uns in Deutschland, abgesehen vom Osten, in Grenzen.

Deutlich stärkere Proteste gegen die Verteuerung bahnen sich in unserem Nachbarland Frankreich an. Viele Franzosen regen sich darüber auf, dass ihre Regierungen unter den Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, François Hollande und Emmanuel Macron ihr (zu Recht oder zu Unrecht) als „Volkseigentum“ betrachtetes früheres Staatsmonopol Électricité de France (EDF) an den Rand des Ruins gebracht haben, indem sie gedankenlos willkürliche Vorgaben der EU für den Strommarkt umsetzten. Als besonders ärgerlich gilt die Tatsache, dass auch in Frankreich der Strompreis im Rahmen des Merrit Order Systems indirekt vom teuren Gas und nicht allein von dem in Frankreich dominierenden Strom aus längst abgeschriebenen Kernkraftwerken bestimmt wird. So entsteht Druck, sich vom europäischen Strommarkt abzukoppeln, obwohl das inzwischen technisch schwierig geworden ist.

Am Ursprung der zu Unrecht als „Liberalisierung“ gefeierten Öffnung des europäischen Strommarktes stand das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 13. März 2001 im Rechtsstreit zwischen der PreussenElektra AG und der Schleswig AG über die Europarechtskonformität des deutschen Stromeinspeisegesetzes. Das Gericht in Luxemburg entschied, dass die Regelung, wonach Preussenelektra den in ihrem Versorgungsgebiet erzeugten Strom aus „erneuerbaren“ Energiequellen zu Mindestpreisen abnehmen muss, keine staatliche Beihilfe im Sinne von Art. 92 (jetzt 87) Abs. 1 EG darstellt. Das Gericht ging dabei unausgesprochen davon aus, dass Elektrizität eine Ware wie Zucker oder Joghurt ist. Es orientierte sich formal an den Vorgaben des langjährigen sozialistischen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors, der schon Ende 1992 die Schaffung eines einheitlichen EU-Binnenmarktes für Güter und Dienstleistungen vorgeschlagen hatte. Am 26. Juni 2003 erließen EU-Parlament und Rat eine dem entsprechende Richtlinie über die Öffnung des europäischen Strommarktes.

Man hätte diesen einheitlichen Markt mit einigen Abstrichen, was die Anerkennung der Existenz natürlicher Monopole und ihrer Kostenvorteile anbelangt, vielleicht auch bei der Elektrizitätsversorgung haben können. Doch im Jahre 2009 hat die im Jahre 2005 neu gewählte deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in der EU durchgesetzt, dass den teuren „erneuerbaren“ Energien ein privilegierter Zugang zum Markt gewährt werden muss. Somit wurde das oben zitierte EuGH-Urteil maßgebend für die Gestaltung des europäischen Strommarktes. Dieser kann nicht funktionieren, solange den teuersten Energien Privilegien eingeräumt werden.

Das zeigt sich nicht zuletzt im Versuch etablierter Politiker, die EU-Vorgaben auf den von der Kernenergie dominierten französischen Strommarkt zu übertragen, um sich auch in Frankreich den langsam aufkommenden Grünen anzubiedern. Am 7. Dezember 2010 wurde das Gesetz über die neue Organisation des Elektrizitätsmarktes (bekannt als „Loi NOME“) verabschiedet. Danach ist EDF verpflichtet, ein Viertel seines in Kernkraftwerken erzeugten Stromes gemäß der Verordnung ARENH (Accès réglementé à l'électricité nucléaire historique) zum Festpreis von € 42,-/MWh an alternative (Grüne) Stromverkäufer abzugeben, obwohl dessen Marktpreis inzwischen um mehrere Hundert Euro höher ist. Diese Regelung hat sicher dazu beigetragen, dass EDF inzwischen mit über 40 Milliarden Euro verschuldet ist. Da zurzeit noch immer fast die Hälfte der 56 Kernreaktoren von EDF wegen Reparatur- und Wartungsarbeiten stillliegt (sie sollten ursprünglich ab September 2022 sukzessive wieder ans Netz gehen), könnten die Schulden nach Schätzungen von Fachleuten bis zum Ende des Jahres bis auf 60 Milliarden Euro anwachsen, da EDF u.a. in Deutschland teuren Gas-Strom zukaufen muss, um das nationale Stromnetz im kühlen Herbst vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Am 19. Juli 2022 hat der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire plötzlich angekündigt, der Staat werde den bereits zu 84 Prozent im Staatsbesitz befindlichen Konzern EDF zu 100 Prozent nationalisieren. Er sagte der Minderheit privater Kleinaktionäre einen Preis von 12 Euro je Aktie und den Zeichnern konvertibler Anleihen € 15,64/Stück zu. Insgesamt stellt der französische Staat für den Rückkauf 10 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Jahre 2005 war die EDF-Aktie für 32 Euro in die Börse eingeführt worden. Die Kleinaktionäre, die damals wohl dachten, einen sicheren Ort für die Platzierung ihrer Ersparnisse gefunden zu haben, können sich nun bei ihrem Staat bedanken.

Wer nur ein wenig Ahnung von Wirtschaft hat, wird sich unwillkürlich fragen, warum jemand, der schon 84 Prozent eines Konzerns besitzt, unbedingt 100 Prozent haben möchte. Denn mit 84 Prozent des Kapitals kann er im Konzern bereits schalten und walten wie er will. Der französische Staat hätte (in den Augen von Menschen mit gesundem Verstand) wohl besser daran getan, die 10 Milliarden in eine Erhöhung des Eigenkapitals der hoch verschuldeten EDF und/oder die Verbesserung der Versorgungssicherheit zu investieren. Vermutlich steckt also eine andere Absicht hinter der Renationalisierung von EDF. Bruno Le Maire

rechtfertigt das umstrittene Vorhaben damit, es gehe darum, die „energetische Unabhängigkeit Frankreichs“ durch das neue Nuklearprogramm des Präsidenten Emmanuel Macron und den weiteren Ausbau der „erneuerbaren“ Energien zu stärken. Danach sollen 6 bis 14 neue KKW des Typs EPR gebaut und gleichzeitig die Entwicklung von kleinen modularen Kernreaktoren vorangetrieben werden. Die französische Regierung zieht damit offenbar die Konsequenz aus dem begonnenen wirtschaftlichen Absturz Deutschlands infolge des Stopps russischer Gaslieferungen und aus dem damit einhergehenden Ende der engen deutsch-französischen Partnerschaft in der Europapolitik. Warum hat sie dann aber die Schließung des elsässischen KKW Fessenheim auf Drängen der deutschen Grünen akzeptiert? Woher sollen in der absehbaren tiefen Wirtschaftskrise die Finanzmittel für das ehrgeizige Programm kommen?

Ein Vorteil der Nationalisierung läge wohl in der Abschottung der französischen Energiepolitik vor dem Urteil der internationalen Finanzmärkte. Noch wichtiger für Emmanuel Macron und seine Regierung dürfte etwas anderes sein: Die Franzosen werden seit dem vergangenen Sommer – anders als die Deutschen – durch systematisches Propaganda-Trommelfeuer in den Massenmedien auf die Rationierung der Energieversorgung im kommenden Winter vorbereitet. Es gibt bereits detaillierte Pläne zur zeitweisen Fernabschaltung der Warmwasserboiler in den Privathaushalten mithilfe der inzwischen überall verpflichtend eingebauten digitalen Stromzähler (in Frankreich „Linky“ genannt). Emmanuel Macron und seine Minister haben sich offenbar in den Kopf gesetzt, die Ziele des in Frankreich als nationale Errungenschaft geltenden Pariser Klima-Abkommens von 2015 auf Teufel komm raus umzusetzen. (In Deutschland ist hingegen vom Pariser Abkommen wegen der erzwungenen Rückkehr zur Kohle-Verfeuerung kam noch die Rede.) Aktuell bedient sich die Pariser Regierung dabei offenbar des aus dem Ruder laufenden Streiks der eigentlich privilegierten Raffinerie-Beschäftigten. Tausende französischer Tankstellen sind aktuell (14.10) bereits mangels Treibstoff-Nachschubs geschlossen. Statt auf eine Besänftigung des Tarifstreits hinzuarbeiten, goss Premierministerin Elisabeth Borne mit ihrem Versuch, mit Hilfe autoritärer Dienstverpflichtungen direkt in den Tarifkonflikt einzugreifen, noch Öl ins Feuer. Jetzt droht ein Generalstreik. Die linken Gewerkschaften CGT und FO blockieren bereits die Wiederinbetriebnahme in Stand gesetzter Kernkraftwerke. Auch die Eisenbahner haben Streiks angekündigt... Wie das enden wird, ist zurzeit nicht absehbar. Als sicher kann jedoch gelten, dass Frankreich in der Energie- und Klimapolitik weniger Rücksicht auf deutsche Befindlichkeiten nehmen wird.

Habecks „Waterloo“ in Schwedt/Oder und Gegenstück zu Erhard

geschrieben von Admin | 18. Oktober 2022

Die fachliche Ahnungslosigkeit des grünen Bundeswirtschaftsministers und seiner Führungskräfte, reißt Deutschlands Wirtschaft in den Abgrund

von Werner Eisenkopf

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hat Ludwig Erhard (1897-1977) einen absoluten Eckpunkt als Wirtschaftsminister gelegt, auch wenn er danach sogar noch Bundeskanzler wurde. Erhards „Wohlstand für Alle“ stand bislang ohne wirklich konträres Gegenstück allein im Raum. Kein folgender bundesdeutscher Wirtschaftsminister, konnte in der „anderen“ Seite, eine ähnlich starke „Eckposition“ einnehmen, wie Ludwig Erhard auf seinem Feld damals. Nun aber, seit Dezember 2021, hat sich allmählich zunehmend ein solcher „Gegenpol zu Erhard“ ergeben. Dies in Form des „aktuellen Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz“ vom Bündnis 90/Die Grünen, in Person von Robert Habeck, geb. am 2.9.1969, somit heute 53 Jahre alt. Der Doktor der Philosophie und beruflich früher mal als Kinderbuchautor tätige Habeck, geht seine Aufgaben als Bundeswirtschaftsminister immer mit viel Medien-Wirbel an, bei zugleich unübersehbaren Defiziten in technischen Bereichen und komplexen Details.

Während Ludwig Erhards Motto also noch „WOHLSTAND FÜR ALLE“ gewesen war, wird das bei Habeck faktisch nun zu „ARMUT FÜR ALLE“ umgekehrt. Solange aber gewisse Journalistinnen+Journalisten, gerade in den ÖR-Medien, den Herrn Habeck noch schier unübersehbar und fast schon wie „Groupies“ anhimmeln, bleibt das Bild verzerrt. Wenn dann noch Andere, wie z.B. die Außenministerin Annalena Baerbock öffentliche Aussagen in die Medien abgeben, die gar nicht mal ihr eigener Fachbereich ist, dann müßte ein verantwortungsbewusster Bundeswirtschaftsminister eigentlich einschreiten und die Dinge gerade rücken. Doch genau dies, kann oder darf Herr Habeck nicht. So begann dann schier unaufhaltsam sein Weg in das baldige „Waterloo Schwedt“ mit dem heute bereits absehbaren „Start“ einer Domino-Reaktion, die nachher große Teile der deutschen Wirtschaft in den Abgrund reißen wird. Der Sachstand beim Schreiben dieser Zeilen, ist der 9. Oktober 2022, dem Tag der Niedersachsenwahl. Er kann aber schon am nächsten Tag, bereits überholt sein.

Das „Waterloo“ begann eigentlich schon vor Putins Ukrainekrieg und vor Habecks Amtsübernahme. Richtig zugespitzt wurde es aber erst durch öffentliche Aussagen der deutschen Außenministerin Baerbock im Mai 2022 in Kiew/Ukraine. Dort verkündete sie, die ja ausdrücklich NICHT die Wirtschaftsministerin war, zusammengefaßt die Grundaussage: „Deutschland wird ‚FÜR IMMER‘ auf russische Energie verzichten“

Dies klang sicherlich erst mal toll und heroisch aber eben nur, solange man sich nicht um die realen Details der Dinge und die Auswirkungen auf große Teile der deutschen Wirtschaft, wie auch der Arbeitsplätze scherte. Somit soll spätestens zum Jahresende 2022, auch keinerlei Erdöl/Rohöl mehr von Rußland bezogen werden. Daß aber jetzt kürzlich sogar die OPEC-Plus extra eine Verminderung der Fördermengen an Erdöl beschlossen hat, somit weitere Verknappung und Teuerung anstehen, konnten weder Baerbock, noch Habeck auch nur ahnen. Doch beide forderten dies inhaltlich ja schon jahrelang in der Opposition. „Weg von den fossilen Energien“ als Motto und dies penetrant publiziert. Bis hin zu Kritik an jedem Fonds, jeder Versicherung und Firma, die überhaupt noch Gelder und Mittel in die Erschließung von Öl- und Gasfeldern stecken will.

Darin lag nämlich schon ab Sommer 2021, ein unaufhaltsamer Anstieg der Gaspreise. Dazu kamen „CO2-Abgabe“ und Weiteres verteuernd dazu. Der Ukrainekrieg ab Februar 2022, „pushte“ dann diese monatelang vorher begonnene Verteuerung nur noch weiter. Er wurde aber gern als „Grund“ dafür vorgeschoben. „Putin als Preistreiber“ klang ja allemal besser als „Grün-Politik als Preistreiber“ und sehr viele Medien, machten diese unwahren Grundaussagen leider einfach mit.

Nach einigem Hin- und Her, auf Frau Baerbocks Besuch in Kiew und weiteren „Bestätigungen“ aus der Bundesregierung von Bundeskanzler Scholz, auch nach US- und EU-Forderungen, daß man „ab Jahresende 2022 komplett auf russisches Erdöl verzichten“ wolle, mußte Herr Habeck auch die Rosneft-Raffinerie in Schwedt/Oder besuchen. Diese brandenburgische Raffinerie, zu derzeit 54% in russischem Besitz, die dann später unter staatliche deutsche Zwangsverwaltung gestellt wurde. Hier wurde dem grünen Bundesminister auch von den Sorgen berichtet, die ca. 1200 Arbeitnehmer in dieser strukturschwachen, Grenzregion und ihrer Abhängigkeit von russischem Erdöl hatten. In diversen Presseberichten war dann zu lesen, daß der Bundeswirtschaftsminister in Schwedt, sozusagen unverbindlich zugesagt hatte, man wolle „alternative Produkte“ für diese Raffinerie suchen und finden. Dies als typische Polit-Sprechblasen, die man so oder so oder wieder anders „interpretieren“ konnte. Jedem Fach-Insider war da schon klar, Habeck hat da“gar nichts kapiert“!

Danach tat sich eigentlich bezüglich Schwedt, nichts mehr groß, außer dass die Raffinerie unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt wurde. Lediglich in der „Kleinen Anfrage an die Bundesregierung“ durch die CDU-CSU-Fraktion (Drucksache 20/2958), mit der Antwort der Bundesregierung vom 26.8.2022 wurde in den auf Schwedt/Oder bezogenen Fragen Nr. 58 und 59, derart „naiv und dümmlich“ geantwortet, daß die Ahnungslosigkeit des diese Antwort namentlich unterzeichnenden Staatssekretärs Udo Philipp aus Habecks Ministerium, schon unübersehbar ist. Da steht dann z.B. wörtlich:

„In den vergangenen Monaten hat die Mineralölwirtschaft im

engen Austausch mit der BMWK Schritte eingeleitet, die Lieferbeziehungen mit Russland zu beenden. Verträge werden nicht verlängert und laufen aus. Die deutschen Raffinerien (außer die mit Beteiligung von Rosneft) sind nun in der Lage, bis zum Jahresende 2022 ihre Bedarfe völlig ohne russisches Rohöl abzudecken. Insgesamt lieferte Russland im Juni 2022 bereits circa 620.000 Tonnen Rohöl weniger, als im Februar 2022. Die fehlenden Mengen wurden im Juni 2022 insbesondere durch Norwegen, Tschad, USA, Irak und Großbritannien ausgeglichen. Welche Länder die Lieferungen zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgleichen werden, wird sich durch die Verträge der einzelnen Firmen ergeben. Generell sind auf dem Weltmarkt für Rohöl derzeit ausreichende Mengen verfügbar, um russische Lieferungen zu kompensieren.“

Mit etwas Einarbeitung und Ahnung, sieht man hier wirklich mal, wie detailblind und schon recht hochnäsiger, die immense Problematik von Schwedt verleugnet bis weggewischt wird. Noch nicht einmal die dadurch ungleich höheren Rohölpreise für Deutschland finden ein Wörtchen Erwähnung. Auch nicht die damit verbundenen enormen EMISSIONSSTEIGERUNGEN (nicht nur CO2) durch die Umstellung von Transport+Anlieferungen, anstatt durch sparsame Pipelinepumpen, nunmehr mit unzähliger Schiffe. Fast alle mit „dreckigstem“ Schweröl-Antrieb, Terminal-Umladungen und mehr. Vor Ort im Land, wird mit jeder kleinen „Klima-Radrundfahrt“ rechnerisch ein paar Gramm CO2 lautstark „eingespart“ und hier gibt es nun durch politischen Willen der Ampel-Regierung, tatsächliche Millionen Tonnen CO2 zusätzlich allein durch die Transportumstellung „Pipeline auf Schiff“ dazu aber findet kein Wörtchen Erwähnung in der offiziellen „Antwort“ der Bundesregierung.

Die allermeisten Bundesbürger, dürften gar nicht wissen, welche Schlüsselfunktion und für eine Bedeutung diese Raffinerie in Schwedt/Oder hat. Praktisch alles an Benzin, Diesel, Heizöl, bis hin zum Bitumen für die Straßen in Berlin und Ost-Deutschland, kommt allesamt zu fast 100% aus Schwedt. Das Kerosin der Flugzeuge ebenso. Dazu noch eine große Menge an diversen Roh-Chemikalien, als Grundstoffe für Chemieprodukte, Weiterverarbeitung in Kunststoffe, Medizin etc. und dazu noch einer schier unübersehbare Menge an weiteren Produkten. Praktisch jedes in Berlin bis Rostock betankte Auto, Sprinter und jeder LKW, wird fast nur aus Schwedt versorgt.

In Schwedt wird auch ca. ein Drittel allen Bitumens (!!!) erzeugt, welches für den Bau und die Reparaturen deutscher Straßen benötigt wird. Dies wohl gemerkt aber im gesamten Bundesgebiet, nicht nur im Osten! Somit hat ein Ausfall von Schwedt seine Auswirkungen bis hinunter zu jeder kommunalen Straßenplanung und deren Kosten, bis runter nach Berchtesgaden oder Lörrach hin. Sogar über Lörrach hinaus, bis in die Schweiz hinein, die selbst gar kein Bitumen mehr produziert. Über die Hälfte des Bitumens für die Schweizer Straßen, wird aus Deutschland

importiert. Jede deutsche Firma im Straßenbau, muß damit schon jetzt vorsorglich umplanen. Auch der Hausbau-/Wohnungsbau, mit ohnehin schon enormer Verknappung und Preiserhöhung bei den Baustoffen, ist damit zusätzlich betroffen. Rohbauten, bei denen z.B. Balkone oder Flachdachteile nicht abdichtbar sind, bleiben deswegen vorerst unbewohnbar.

Offenbar wurde die diese enorme Größenordnung, und Bedeutung dieser Raffinerie in Schwedt, als Endpunkt der alten russischen Druschba-Erdölpipeline, bis heute weder dem Herrn Habeck selbst, noch seinem „Spitzenpersonal“ bewußt. Nicht nur „grüne Fachleute“, die Herr Habeck in Führungspositionen seines Ministeriums geholt hat, dachten da zunächst wohl bequem, daß sich das Ganze doch einfach mit norwegischem oder anderem Erdöl ersatzweise lösen ließe, das dann eben über Rostock und Danzig (Polen) per Schiff angeliefert werden könne. Doch dies war ein Denk- wie auch Informationsfehler.

Erdöl ist je nach Herkunft, nicht gleich Erdöl. Es gibt da enorme Unterschiede (süß/sauer usw.) in der stofflichen Zusammensetzung jeder Förderquelle, bzw. jedes Fördergebietes. Dies etwa an Schwefelanteilen und mehr. Kurzum kann für einen effektiven und ökonomischen Betrieb, nicht einfach irgendein Ersatz-Erdöl für ein Anderes genommen werden, ohne Veränderungen bis hin zu teuren und zeitkostenden Umbauten, bei den betroffenen Raffinerie-Anlagen. Gerade hier herrscht derzeit sogar ein weltweiter Ersatzteile- und Fachkräftemangel.

Es gibt nämlich weltweit nur noch ein Erdöl-Fördergebiet mit ähnlicher Zusammensetzung wie das russische Erdöl in Schwedt. Dies ist aber Venezuela in Südamerika. Venezuela, von der Maduro-Regierung beherrscht, unterliegt aber strikten US-Sanktionen, die auch Deutschland nicht umgehen dürfte. Somit sind diese schon jetzt erwartbaren, monatelangen Umbauten in Schwedt, bereits unabwendbar geworden, ohne weiteres russisches Erdöl. Doch zusätzlich kommt da noch ein Mengenproblem dazu. Über den Hafen Rostock und einer kleinen anderen Pipeline ist gar nicht mal genügend Rohöl nach Schwedt lieferbar, um den Betrieb dort ökonomisch fortzusetzen. Dazu müßten erst noch zusätzliche Lieferungen über den polnischen Hafen Danzig dazukommen.

Doch gerade hier pokern derzeit polnische Politiker. Sie verlangen von der Bundesregierung erst noch die komplette Verstaatlichung der noch immer in russischem Eigentum befindlichen Rosneft-Raffinerie-Anteile in Schwedt. Dies ist ja bisher „nur“ unter deutscher Zwangsverwaltung aber ist trotzdem noch unverändert zu 54% russisches Eigentum. Eigentum, bei dem die Eigentümer in Moskau und St. Peterburg, in einem Rechtsstaat wie der BRD, immer noch das Recht auf Gewinne-Erstattungen und mehr haben.

Eigentlich hat Herr Habeck den Polen, diese geforderte Schwedt-Verstaatlichung, quasi indirekt und verbal stark verbrämt bis fast zur Unverständlichkeit, längst zugesagt. In Polen lauert ja der überwiegend

im Staatsbesitz stehende Ölkonzern ORLEN, längst darauf, diese russische Raffinerie-Anteile in seinen Besitz zu bekommen. Auch nach heimlichen polnischen Politiker-Denkplänen, die aber bisher niemand laut publiziert, sollen diese Rosneft-Anteile von Deutschland einfach den Russen abgenommen und dann für „Appel und Ei“ nach Polen verkauft werden.

Nicht „zufällig“ forcierte man gerade in letzter Zeit wieder „Polnische Forderungen nach Kriegsentschädigungen“ an Deutschland (in Billion-Höhe). Da könnte mit der Rosneft-Raffinerie an Polen, quasi sowas wie „kleiner Anfang“ eines gigantischen „Entschädigungspakets“ gemacht werden. Doch noch „bockt“ da wohl Bundeskanzler Scholz und dies auch zurecht. Wohl auch deswegen weil dann gewiss sofort auch Griechenland mit ähnlichen Forderungen an Deutschland käme und vermutlich dann auch Italien unter Meloni. Gerüchtweise gäbe es bereits jetzt in Polen diskrete Streiterei unter Personen der Regierungspartei PIK. wer dann welche höchstbezahlten Managerposten in Schwedt zugeschanzt bekäme. Offiziell zugeben wird dies aber derzeit niemand.

Nicht vergessen sind aber auch in Polen die Erinnerungen an Zeiten, in denen immer wieder mal aus Berlin, auch manche recht „hochnäsige Töne“ in Richtung Warschau gingen. Da wurde auch durch unnötige deutsche Arroganz in der Merkel-Epoche, eine Menge Verärgerung in Polen ausgelöst. Es ist ja leider fast immer sehr komplex und selten so schön simpel.

Bundeskanzler Scholz und auch Habeck wissen allerdings auch längst, daß eine Zwangsverstaatlichung aus russischem Eigentumsanteil der Rosneft-Raffinerie (noch derzeit zu 54% in russischem Besitz), eine absehbare Sofortreaktion aus Rußland auslösen würde. Nämlich das sofortige komplette Abschalten der Lieferungen an russischem Erdöl, durch die Druschba-Pipeline. Dann käme sofort das Riesenproblem-Domino auf, was so allerdings auch unaufhaltsam spätestens zum Jahresende 2022 auf Deutschland zukommt und was weiter unten detaillierter aufgeführt ist.

Wenn, wie von Frau Baerbock angekündigt und von Habeck wie auch Bundeskanzler Scholz nochmal bekräftigten Planungen als „Wille Deutschlands“, spätestens zum Jahresende 2022, die Verarbeitung russischen Erdöls enden soll, WAS DANN?

Dann ist sofort nicht nur Schwedt betroffen, sondern auch Leuna und eine weitere Anlage in Sachsen. So wird dann zunächst im deutschen Osten und später überall in der BRD, ALLES an Benzin, Diesel, Heizöl, Bitumen, Roh-Chemikalien knapp. Das bedeutet u.a. NOCH HÖHERE SPRITPREISE und noch höhere Energiepreise! Dazu bedeutet es für viele Firmen, daß sie ihre Produktionen teilweise oder sogar ganz einstellen müssen. Es werden dann ganze Lieferketten zusammenbrechen, durch sie werden dann Firmen zusammenbrechen und viele Menschen dann auch arbeitslos werden. Mit Kurzarbeit und „Hilfskrediten“ ist dann diese Größenordnung nicht mehr

aufzuhalten. Dies ist dann das vom Bundeswirtschaftsminister Habeck verantwortete „Waterloo“ und „adelt“ ihn damit, zum „Negativ-Gegenstück“ vom seligen Ludwig Erhard:
ARMUT FÜR ALLE!

Gern stünde hier ein „Happy-End“ als ein Lichtblick oder Ausweg. Doch bei diesem, als Kinderbuchautor einst gestarteten und heute als Bundeswirtschaftsminister versagenden Herrn Habeck, ist wohl bereits jede Hoffnung auf Besserung vergeblich. Irgendwelche Nachfolger werden da irgendwann versuchen müssen, aus den „Habeckschen-Scherben“ dann noch ein paar Dinge zu retten, wo sowas dann überhaupt noch möglich sein wird. Die „Ampel-Regierung“ unter Bundeskanzler Scholz, wird leider vermutlich als diejenige Nachkriegsregierung in die spätere BRD-Geschichte eingehen, die mit -WUMMS- und -DOPPELWUMMS-, den allergrößten wirtschaftlichen Schaden aller Bundesregierungen, mitverursacht haben wird. Doch vielleicht passiert vorher ja noch ein Wunder? Die Hoffnung stirbt ja bekanntlich zuletzt.

=====

***Werner Eisenkopf** ist pensionierter, vielseitig ausgebildeter wie auch interessierter Techniker und Tüftler aus dem hessischen Runkel an der Lahn. Der begeisterte Naturfreund und Alpinist war u.a. Naturschutzreferent des Landesverbands Rheinland-Pfalz, im Deutschen Alpenverein. Mit den Auswüchsen der damaligen Treuhand-Politik im Osten, befaßte er sich bereits in den frühen Neunzigerjahren. 2007 war er eines der Gründungsmitglieder von EIKE.*